

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXLIII/55

MÜNCHEN - SPD-Parteitag
20. März 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
- 2	<u>Ein neues Element</u>	6

Zur Diskussion und Atmosphäre des Parteitages

3	<u>Kleine und große Schritte</u>	44
---	----------------------------------	----

Gedanken eines Auslandskorrespondenten auf dem Parteitag

Dr. Otakar Svercina, Ceteka - Prag

3 e	<u>Die Arbeitsgemeinschaften der SPD</u>	16
-----	--	----

Sachlichkeit ist Trumpf

3 a	<u>Aus minus wurde plus</u>	21
-----	-----------------------------	----

Unbeabsichtigte Folgen einer Föbelelei

4 - 5	<u>Der Generalbevollmächtigte</u>	80
-------	-----------------------------------	----

Zu einem Vorschlag von Helmut Schmidt

Von Walther Rann

	<u>Österreichs Sozialisten in der Opposition</u>	36
--	--	----

Von Dr. Bruno Kreisky,

Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs

* * *

*

Ein neues Element

Zur Diskussion und Atmosphäre des Parteitages

sp - Am dritten Verhandlungstag des Nürnberger SPD-Parteitages zeigt sich immer deutlicher, daß diese Partei an die Lösung der ihr gestellten Aufgaben mit einem Maß von Sachlichkeit herangeht, das jene überraschen dürfte, die glauben, Parteitage seien dazu da, Emotionen freien Lauf zu lassen. Es ist bemerkenswert, wie selbst Delegierte, deren Rednertalent im ganzen Land bekannt ist, bei den Debatten ihr Temperament zügeln. Der Parteitag weiß das zu schätzen. Beifall wird nicht nur dann gespendet, wenn eine Formulierung besonders gut gelungen ist; er kommt meist dann, wenn der Redner sein Anliegen mit Präzision vorbringt.

Auch in der Überarbeitung und Neuformulierung der zahlreichen Anträge, die sich zum Teil aus den Diskussionen in den Arbeitsgemeinschaften ergeben haben, zum Teil aber noch als Uranträge dem Parteitag vorliegen, spricht der Sinn für die Realitäten. Überschwänglichkeiten werden vermieden, Gehör findet nur das, was realisierbar erscheint.

Es entsteht die Frage, ob dies alles darauf zurückzuführen ist, daß die Partei seit 15 Monaten die Mitverantwortung in der Regierung trägt, oder ob es der Ausdruck eines allgemeinen Stilwandels bei der Behandlung politischer Probleme ist. Wir glauben, daß dieser betonte Zug zur Sachlichkeit sowohl im Zusammenhang mit der Regierungsbeteiligung steht als auch mit der allgemein in der Bundesrepublik spürbar gewordenen Entdogmatisierung und Entideologisierung der Politik zu tun hat.

Früher gab es Parteitage, bei denen man mitunter schon Unruhe in Saal und ein Nachlassen der Aufmerksamkeit spürte, wenn ein Redner auftrat, dessen Meinung man schon zu kennen glaubte. Heute findet j e d e r Diskussionsredner ungeteilte Aufmerksamkeit. Man sucht und erwartet keine schablonenhaften Thesen, sondern konzentriert sich auf das vielleicht zu erwartende neue Argument. Dabei spielt es gar keine Rolle, ob der betreffende Diskussionsredner

jung oder alt ist, ob er zur Prominenz gehört oder "Bataillone hinter sich" hat. Der Parteitag "geht mit", wenn die Delegierten das Gefühl haben, daß die Frau oder der Mann, der da spricht, um die Anerkennung seiner Überzeugung ringt.

Wir finden das großartig! Dieses Verhalten der Delegierten ehrt die Partei, der sie angehören. Früher sprach man oft von der "Hitze des Gefechts" und meinte damit, es müsse entschuldigt werden, wenn gelegentlich ein hartes Wort fiel. Heute fallen auch harte Worte, aber nicht in der Hitze des Gefechts, sondern mitunter sogar überlegt und gezielt. Niemand fühlt sich dadurch verletzt, weil jeder weiß, daß diese Art von Härte ein Mittel zur Präzisierung eines Gedankens sein kann, der Versuch, noch deutlicher zu machen, was man sagen will.

Es ist auf diesem Parteitag viel von "der Jugend" gesprochen worden. Wenn früher davon die Rede war, kamen meist Delegierte zu Wort, die jung waren. Es gab zeitweilig eine spürbare Wand zwischen jüngeren und älteren Delegierten. Auch das hat sich geändert. Die jüngeren Delegierten sind unbefangener geworden, die älteren aufmerksamer, wenn ein Junger spricht. Es gibt keine Fronten mehr, und es kann durchaus vorkommen, daß ein in der Partei ergrauter Sozialdemokrat einen bestimmten Problem der jungen Generation mehr Verständnis entgegenbringt als ein jüngerer Delegierter, dessen Blick für die Sorgen seiner eigenen Generation sich erst in der Diskussion mit älteren Sozialdemokraten zu schärfen beginnt.

Das Verbindende auf diesem Parteitag in Nürnberg ist also - darüber gibt es gar keinen Zweifel - die Erkenntnis aller Delegierten, daß eine so große Partei wie die SPD nur bestehen kann, wenn sie sich immer wieder daran erinnert, wie bedeutsam für die Erreichung eines Erfolges der richtige Maßstab bei der Analyse des Geschehens und beim Visieren eines Zieles ist.

Selbstverständlich bleibt dabei die Treue zu der übernommenen Verpflichtung und die Solidarität im Streben nach einer gerechteren Welt das alle Sozialdemokraten verbindende Element in der Aktion.

Kleine und große Schritte

Gedanken eines Auslandskorrespondenten auf dem Parteitag

Dr. Otakar Sverčina, Četeka - Prag

Ich habe die letzten vier Parteitage der SPD miterlebt; 1960 in Hannover, 1962 in Köln, 1964 in Karlsruhe und 1966 in Dortmund. Ich habe dabei gelernt, zu verstehen, warum die SPD in den letzten Jahren so und nicht anders gehandelt hat. Ich habe auch verstanden, warum manche mutigen Aspekte der SPD-Politik nicht immer die größte Begeisterung in der Bundesrepublik gefunden haben.

Der jetzige Parteitag hat, meiner Meinung nach, auch so einen mutigen politischen Schritt der SPD gebilligt. Der mutige Schritt heißt: Beteiligung der SPD an der Regierung, die von dem alten politischen Gegner geführt wird.

Auf dem Parteitag hat einer der prominentesten und von mir hochgeschätzten sozialdemokratischen Politiker von der Notwendigkeit der kleinen Schritte gesprochen. Es gibt Schritte, die vorwärts, andere, die rückwärts führen. Beide sind in der Politik notwendig. Man fragt sich nur, ob auch die Wählerschaft solche kleinen Schritte honorieren wird. Ich würde mich gerne täuschen, aber mir scheint es, daß auch nach den ersten zwei Tagen des Parteitages nicht alle Delegierten von der Nützlichkeit solcher kleinen Schritte überzeugt sind.

Die politische Entwicklung in der Welt, besonders aber in Europa, läuft nach vorwärts. Und zwar mit großen Schritten. Das ist eine Tatsache, die für alle gleich gilt. Genügt es dann für den Anspruch auf die führende Rolle in der deutschen Politik, diesen politischen Entwicklung der großen Schritte mit der Politik der kleinen Schritte nachzulaufen? Kann man sich dadurch nicht verspäten?

Und noch eine Frage: Man rechnet damit, ja, sogar man verlangt, daß auch die Außenwelt die neue politische Konzeption, die wenigstens in der Außenpolitik durchgesetzt worden ist, positiv akzeptiert und honoriert. Ich bin fest überzeugt, daß solche Politik im Ausland ein positives Echo findet, wenn sie auch von der Bevölkerung, und vor allem von den Wählern in der Bundesrepublik gebilligt wird. 1969 wird diese Politik auf die Probe gestellt werden. Wird sie erfolgreich, dann kann man auch in der Außenpolitik, wenigstens im europäischen Rahmen, mit großen Schritten rechnen. Früher kaum. Über die Richtigkeit der politischen Konzeptionen muß aber zuerst im Lande selbst entschieden werden.

Das sind die wichtigsten Fragen, die sich ein ausländischer Beobachter und Journalist aus dem Nachbarland CSSR stellt.

Zum Schluß noch eine kleine Anregung, die vielleicht die für die Entwicklungshilfe zuständigen Herren Politiker interessieren wird: Es gibt ganz bestimmt in der nächsten Nachbarschaft der Bundesrepublik moderne, hochentwickelte Länder, die aber trotzdem gern "Entwicklungshilfe" akzeptieren würden, und zwar direkt vom Nürnberger Parteitag der SPD. Ich meine "Entwicklungshilfe" in der Form der purpurroten, charmanten Hostessen, die zur guten Atmosphäre auf diesen Parteitag weitgehend beitragen. Und gute Atmosphäre brauchen wir nicht nur auf den Parteitagen.

Die Arbeitsgemeinschaften der SPD

Sachlichkeit ist Trumpf

sp - Die Arbeitsgemeinschaften auf den SPD-Parteitagern spiegeln stets die ganze Breite des Fachwissens sozialdemokratischer Politiker wieder. Die Fülle der Anregungen zu allen Problemen unserer Gesellschaft, meist vorgetragen von Frauen und Männern der politischen Praxis, lassen erkennen, wie tief die Sozialdemokratie in unserem Volk verwurzelt ist und wie vorwärtsdrängend im Sinne der Gestaltung einer besseren Ordnung die von ihnen geäußerten Meinungen sind. Auch wenn gegensätzliche Meinungen sichtbar werden, bleibt man immer betont sachlich; jeder weiß, daß hier die Sachlichkeit beste Grundlage für die Durchsetzung eines Anliegens ist.

Die Diskussionsergebnisse der Arbeitsgemeinschaften finden gegen Ende des Parteitages ihre Krönung in den Beschlüssen des Plenums. Von diesem Augenblick an sind sie - vorausgesetzt, eine Mehrheit hat sie gebilligt - das Gesetz der Partei. Sozialdemokraten in der ganzen Bundesrepublik arbeiten dann nach diesem Gesetz.

+ + +

Aus minus wurde plus

Unbeabsichtigte Folgen einer Pöbelei

HB - Wohl noch selten hat ein SPD-Parteitag am Tagungsort so viel Beachtung gefunden, wie gerade in Nürnberg. Die Tumulte vom Sonntagnachmittag haben sich anders ausgewirkt, als es die Provokateure beabsichtigt hatten. Durch das Auftreten der Randalierer hat der SPD-Parteitag ein Echo in der Bevölkerung gefunden, das er ohne die Sonntag-Vorgänge sicher nicht erhalten hätte. Nicht nur in der Nähe der Nürnberger Meistersingerhalle stehen Gruppen, die das Geschehen diskutieren. Parteitagsteilnehmer treffen beim Gang durch die Stadt immer wieder auf Gruppen diskutierender Menschen. Thema: Was war, was ist die SPD und welchen Weg wird sie gehen. Immer wieder werden Parteitagsdelegierte oder Mitarbeiter, die als solche zu erkennen sind, auf der Straße in Gespräche gezogen und rasch wird daraus ein größerer Kreis. Auch in den Wirtschaftshäusern wird der vermeintliche Parteitagsteilnehmer angesprochen. Man schließt ganz einfach aus der anderen Mundart oder dem Dialekt, daß es nur "Parteitagsleute" sein können. Diskussionen kommen dann rasch zustande. Ein derartiges öffentliches Interesse ist in anderen Städten selten festzustellen gewesen. Man kann also schon jetzt mit Sicherheit sagen: Die Diskussion über "SPD und ihre Zukunft" hat ungewollt einen guten Start bekommen. Aus dem beabsichtigten minus wurde ein plus.

+ + +

Der Generalbevollmächtigte

Zu einem Vorschlag von Helmut Schmidt

Von Walther Ramm

In der letzten Bundestagssitzung unterbreitete Helmut Schmidt dem Plenum den Vorschlag, zur Regelung anstehender Fragen, die sich zwischen Bonn und Ostberlin aufgetürmt haben, Generalbevollmächtigte zu ernennen. Wenn Helmut Schmidt vor dem höchsten Parteigremium, dem Parteitag, diesen Vorschlag wiederholte, dann steht dahinter nicht nur das Gewicht des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, sondern die Autorität der gesamten Partei.

Es mag banal erscheinen, nochmals zu wiederholen, daß die Deutschlandpolitik der Regierungen Adenauer/Erhard in der Sackgasse geendet ist. Zwar fordert in beiden Teilen Deutschlands die Bevölkerung weiterhin die Wiedervereinigung des zerrissenen Landes, doch stehen diesen Wünschen weltpolitische, wirtschaftliche, militärische und nicht zuletzt psychologische Hemmnisse in Ost und West entgegen. Der bequeme Zustand des Status quo droht sich zu verewigen.

Die SPD versucht die Ostpolitik durch globale Entspannung in Bewegung zu bringen, denn die Deutschlandpolitik ist nun einmal eingebettet in die großen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West. Die Regierungen in Bonn und Ostberlin werden zwischenzeitlich von ihren Bevölkerungsteilen gedrängt, kurzfristige Vorschläge zur Lösung anstehender Fragen zu machen.

Alte Vorstellungen des "Überrennens oder des Aushöhlens" der Autorität der kommunistischen Parteien Osteuropas und der von ihnen getragenen Regierungen haben sich als Illusionen erwiesen. Es muß auch davor gewarnt werden, daß der gesteuerte Wandlungsprozeß, der sich in verschiedenen Ländern Osteuropas zur Zeit vollzieht, Veränderungen in politisch-strategischer Sicht bringt, so daß am Ende dieses Prozesses eine Westpolitik im Sinne Bonns herauskommt. Die Sowjetunion, Polen und die CSSR, die in der Deutschlandfrage besonders engagiert sind, gehen keinen Interessenkonflikt mit sich und gegen ihre Partner uns zu Liebe ein, zumal sich die Auseinandersetzungen mehr auf interne als auf außenpolitische Fragen beziehen. Wer deshalb die ungelöste Deutschlandfrage in Beziehung zu den osteuropäischen Wandlungen setzt und erwartet, daß am Ende des Prozesses die Kapitulation vor Bonn steht, verschätzt sich. Klimatische Verbesserungen dieses globalen Prozesses, die zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockstaaten angestrebt werden, müssen auch auf die Verbesserungen der Beziehungen zur Regierung der DDR ausgedehnt werden. Zwischen Bonn und Ostberlin gibt es Maximalforderungen, auf die der eine Teil nicht zu verzichten glaubt, während der andere Teil die völkerrechtliche Anerkennung fordert.

Die Sowjetunion, Polen und die CSSR stellen Friedensforderungen, die nur durch langfristige Verhandlungen so oder so zu einem Abschluß gebracht werden können. Wenn die anstehenden Probleme, die es zwischen Bonn und Ostberlin zu erledigen gibt, von solchen langfristigen Verhandlungen abhängig gemacht werden sollen, dann häufen sich diese unerledigten Fragen in gefährlicher Weise weiter an.

Bonn wie Ostberlin sind sich einig in der Auffassung, daß beide Teilstaaten nicht als Ausland im gegenseitigen Verkehr zu behandeln sind. Diese gemeinsame Auffassung gibt die politische Plattform zur kurzfristigen Lösung von Problemen. Durch die Einrichtung von "Generalbevollmächtigten" könnte eine solche Zwischenlösung herbeigeführt werden. Der Vorschlag von Helmut Schmidt kann als zwischenpolitischer Akt beider Regierungen verstanden werden. Als Regierungsbeauftragte verfügen sie, durch die direkte Unterstellung unter den jeweiligen Regierungschef, über genügend Autorität, um langwierige Kompetenzstreitigkeiten auszuschließen. Dieses Provisorium könnte als ein gangbarer Weg zur Erledigung politischer, wirtschaftlicher und menschlicher Fragen angesehen werden, ohne den Standpunkt weder der einen noch der anderen Seite für ein wiedervereinigtes Deutschland zu präjudizieren.

Zwar zeigt die Regierung der DDR und die Führung der SED zur Zeit noch wenig Neigung, die aufgetürmten Probleme zwischen Bonn und Ostberlin auszuräumen. Man meint, daß die eigene Stellung innerhalb des Ostblocks und der eigenen Bevölkerung so stark ist, daß Pressionen sich eines Tages für sie vorteilhaft auswirken könnten. Hier muß warnend gesagt werden, daß die SED-Führung sich nicht im Widerspruch zur Bevölkerung und den eigenen Interessen setzen sollte. Wenn in der Bundesrepublik keine schlafenden Hunde wecken sollte. Wenn in der Großen Koalition versucht wird, den Entspannungsprozeß mit Osteuropa einzuleiten, so sollte nicht vergessen werden, daß es hier auch retardierende Kräfte gibt, die auf ein Scheitern dieser Entspannungspolitik warten.

Die SED wird die Frage des "Generalbevollmächtigten" intensiv beraten müssen; sie muß sich, falls eine Bereitschaft zu einer solchen provisorischen Lösung besteht, mit ihren Partnern abyrachen. Ostberlin und seine Verbündeten wären gut beraten, wenn sie auf diesen SPD-Vorschlag eingehen würden, der im Interesse beider Seiten gemacht worden ist. Eine langfristige Entspannungspolitik und das Provisorium von "Generalbevollmächtigten" ergänzen sich gegenseitig. Hinter beiden Vorschlägen steht nicht die Absicht, die Ostblockpartner gegeneinander auszuspielen.

Österreichs Sozialisten in der Opposition

Von Dr. Bruno Kreisky,

Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs

Die beiden letzten Wahlen zum Nationalrat, die 1962 und 1966 stattfanden, brachten eine Schwächung der Sozialistischen Partei Österreichs. Nach den Nationalratswahlen von 1962 verwandelte sich das bisherige Mandatsverhältnis von 79 ÖVP- zu 78 SPÖ-Sitzen durch den Übergang von zwei sozialistischen Mandaten an die ÖVP in ein Verhältnis von 81 ÖVP- zu 76 SPÖ-Sitzen.

Da die ÖVP nach diesen Wahlen noch nicht über eine absolute Mehrheit im Nationalrat verfügte, bot sich ihr als Alternative die Fortsetzung der Großen Koalition mit den Sozialisten oder eine kleine Koalition mit der kleinen Rechtspartei FPÖ an, die damals noch 8 Sitze im Nationalrat besaß.

Obwohl von bestimmten innerparteilichen Kräften einen Druck in dieser Richtung ausgesetzt, wagte die ÖVP damals den Schritt zur kleinen Koalition, d.h. zur Ausschaltung der Sozialisten von der Regierungsverantwortung nicht.

Bei den Nationalratswahlen vom 6. März 1966 verloren die Sozialisten wieder zwei Mandate an die ÖVP, die auch von der FPÖ zwei Mandate gewinnen konnte. Mit 85 von 165 Sitzen erlangte sie im Nationalrat eine absolute Mehrheit.

Die Ursachen dieser Niederlagen darzustellen, würde in diesen Rahmen zu weit gehen. Es handelte sich um ein Zusammenwirken zahlreicher Faktoren, die, einer auf den anderen, einen potenzierenden Effekt hatten. Eine gerechte Beurteilung dieser Entwicklung wird auch die ungeheure Überlegenheit der anti-sozialdemokratischen Presse in Österreich in Rechnung stellen müssen. Das Ende der 20-jährigen Großen Koalition in Österreich hat ursprünglich wie die Ablösung einer Staatsform durch eine andere gewirkt, darf man doch nicht vergessen, daß in der Ersten Republik schon nach 16 Jahren die Demokratie und nach 20 Jahren die Unabhängigkeit verloren ging.

Die ÖVP hat das Ende der Koalition und den völlig reibungslosen Übergang zur Majoritätsregierung als großen politischen Sieg interpretiert; im nachhinein wurde der Eindruck erweckt, als hätte jemand mit politischen Tricks und Unruhen geübt.

Die Finanzpolitik der ÖVP-Regierung ging von einer völlig falschen Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung aus. Der starke Ausfall von Einnahmen, der durch ihre Steuerpolitik herbeigeführt wurde, traf mit der immer mehr fühlbar werdenden Verflachung der Konjunktur zusammen, deren Auswirkungen noch dadurch verschärft wurden, daß die Regierung jede Spur einer wirtschaftlichen Strukturpolitik vernichten ließ.

Die falsche Budgetpolitik führte schließlich die katastrophale Budgetsituation herbei, die erstmals im Herbst 1967 sichtbar wurde: der Finanzminister mußte erkennen, daß im laufenden Budgetjahr mit einem erheblichen größeren Defizit als angenommen und im Budgetjahr 1968 mit einem noch größeren Defizit zu rechnen sein werde.

Nicht weniger bedenklich erschienen die Mittel, deren sich die ÖVP bediente, um dieser durch mangelnde Voraussicht und falsche Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung entstandenen Situation zu begegnen: die Deckung des Defizits für 1967 und 1968 versuchte der ÖVP-Finanzminister in sehr hohem Maße durch Auslandsanleihen zu bewerkstelligen, die unter sehr ungünstigen Bedingungen aufgenommen wurden. Damit kam es auch zu einem sehr raschen Anwachsen der Auslandsverschuldung, die sich bis 1966 in sehr engen Grenzen gehalten hatte.

Diese Entwicklung erscheint um so bedenklicher, wenn man in Betracht zieht, daß im gleichen Zeitraum die für Investitionen vorgesehenen Ausgaben des Budgets regelmäßig abgenommen haben.

Die Bevölkerung Österreichs hat bei Wahlen zu Bundes- und Gemeindevertretungen, die im Herbst 1967 stattfanden, sehr deutlich zu erkennen gegeben, daß sie diese Politik - die sich auch in Mißerfolgen auf zahlreichen anderen Gebieten, so den der Außenpolitik, äußerte - ablehnt. Bei diesen Wahlen, an denen in Ländern und Gemeinden eineinviertel Millionen Wähler teilnahmen, konnte die SPÖ gegenüber den Nationalratswahlen 38.240 Stimmen gewinnen. Die ÖVP verlor demgegenüber 85.607 Stimmen.

Die ÖVP versuchte nunmehr durch eine Regierungsumbildung ihre Position zu verbessern: dabei mußten gerade die von den Sozialisten am stärksten kritisierten Bundesminister, darunter der Finanzminister, der Handelsminister (und Vizekanzler) und der Außenminister ihren Rücktritt erklären.

Die ÖVP-Regierung versuchte weiter nun durch eine "Blut, Schweiß und Tränen-Politik" und dadurch, daß sie die Koalition für alles verantwortlich machte, das Vertrauen der Wähler zu erlangen.

Die Sozialisten werden 1968 nicht nur ihre Kritik an der Politik der Regierung fortsetzen, sondern auch ihre Alternativen präsentieren. Eine der wichtigsten wird das Programm zur Reform der österreichischen Wirtschaft sein, dessen Entwurf im letzten Jahr von der erstmals einberufenen Ökonomischen Versammlung der SPÖ vorbereitet wurde und das dem Parteitag der SPÖ im September 1968 zur Beschlussfassung vorliegen wird.

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß auf 1968, das Jahr der sozialistischen Alternativen, das Wahljahr folgen wird, dem die Sozialistische Partei zuversichtlich entgegenblickt.